

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich (174)

6. Jahrgang.

Dienstag, 18. Mai 1926.

Nr. 116.

Führer und Masse.

Das rasende Tempo der Entwicklung läßt uns von den Ereignissen heute jähneler Distanz gewinnen, als ehemals. Das ungeheure Erlebnis des englischen Streiks, dessen Zeitgenossen wir eben noch waren, scheint uns nach wenigen Tagen schon Geschichte, über die wir leidenschaftslos urteilen, aus der wir lernen können. Der von allem Anfang erwartete Versuch der Kommunisten, den Streik, wie immer er ausfallen würde, zum Anlaß einer wütenden Kampagne gegen die Sozialdemokratie zu machen, schafft eine Basis zur Auseinandersetzung. Die Frage nach der Rolle des Führers, sonst grundsätzlich betrachtet, kann hier an einem Beispiel behandelt werden.

Die kommunistische Formel ist einfach und wird, so abgegriffen sie heute schon ist, immer noch von allen denjenigen nachgehakt, die sich die Erklärung historischer Geschehnisse nach altergebrachter Schablone ohne Nachdenken zu rechtlegen. Treffend kennzeichnet die Rückständigkeit dieser Anschauungen Otto Bauer in einem Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ vom Sonntag. Er schreibt dort:

Die bürgerlich-individualistische Geschichtsauffassung betrachtet die Geschichte als das Werk großer Männer. Alles Große, das geschehen ist, hat ein Weiser oder ein Held getan. Alles Unheil, das sich ereignet hat, hat ein Tor oder ein Verräter verschuldet.

Marx hat diese individualistische Geschichtsauffassung überwunden. Nach Marxs Lehre ist der Gang der Geschichte bestimmt durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte der Menschheit; durch die Entwicklung der Klassen, durch den jeweiligen Reifegrad ihrer Entwicklung, durch die Kämpfe zwischen den Klassen. Große Männer können immer nur vollziehen, was durch die wirtschaftliche Entwicklung, durch die Entwicklung der Klassen schon möglich geworden ist.

Wer das Schicksal der Arbeiterklasse aus den Tugenden oder den Verbrechen ihrer Führer erklären will, der steht noch ganz in der bürgerlich-individualistischen Geschichtsauffassung darin; der hat noch nicht einmal das A-B-C des Marxismus verstanden gelernt.

Verstehen wir es also, die erschütternden Ereignisse des britischen Niesentampfes nicht nach dem bürgerlich-individualistischen Schema, das die Kommunisten übernommen haben, sondern aus den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, unter denen der Kampf geführt wurde, verstehen zu lernen!

Bauer führt dann eine Reihe von Tatsachen an, die zur Liquidierung des Streiks geführt haben. Die Berichte, die heute auch aus verlässlichen Quellen vorliegen, beweisen, daß der Streikbruch zwar nicht so allgemein war, wie die bürgerliche Presse es darstellte, daß aber der Generallstreik doch zu Lückenhaftigkeit durchgeführt wurde, um mit Aussicht auf Erfolg fortgesetzt zu werden. Die Buchdrucker, die den Streik eigentlich begonnen hatten, hielten nicht durch, und bald konnten bürgerliche Blätter erscheinen. Die Seeleute streikten nicht und nur der Solidarität der internationalen Seeleute gelang es, Zerschüsse nach England zum Teufel fernzuhalten. Der Streik der Eisenbahner ließ ebenfalls schon am zweiten Tag an Kraft nach und der Notverkehr konnte auf tausend Züge täglich erhöht werden.

Der um sich greifende Streikbruch machte eine Weiterführung des Kampfes zu einer höchst bedenklichen Sache. Diese Erscheinungen lassen sich zum Teil durch das Vorhandensein der großen Arbeitslosenarmee erklären. Otto Bauer bemerkt aber mit Recht, daß diese Erklärung nicht hinreichend ist. Der Mangel an Solidarität ist zu offensichtlich, als daß man ihn übersehen könnte. Es ist etwas ganz anderes, das bei diesem Niesentampf eine verhängnisvolle Rolle spielte. Alle kontinentalen Sozialisten hatten im Augenblick des Streikbruches erkannt, daß es die Tendenz des Streikes war, ins Politische umzuschlagen. Ein Kampf von den Niederdimensionen des englischen Streiks sahien uns als rein gewerkschaftliche Auseinandersetzung unmöglich, um so unmöglicher, da sein Ziel rein politisch war. Ging es doch im Grunde darum,

der konservativen Regierung Zugeständnisse abzapressen. Otto Bauer sagt:

Der Kampf ging also nicht gegen die Bergwerksbesitzer. Er mußte vielmehr die Regierung unter Druck, unter allerhöchstem Druck stellen; denn es ging ja darum, eine bürgerliche Regierung zu einer Art Sozialisierung des Bergbaues zu zwingen! Ein solcher Kampf war seinem Wesen nach ein politischer Kampf, konnte nur als politischer Kampf siegen!

Und nun mußten wir die Beobachtung machen, daß in England zwar die Regierung bestrebt war, dem Streik den Stempel einer politischen Aktion aufzudrücken, daß aber die Gewerkschaftsführer nicht müde wurden, den rein gewerkschaftlichen Charakter des Streikes zu beschwören und ihn als Lohnkampf hinzustellen. Das Kleinbürgertum Englands aber wurde in ein patriotisches Fieber verriekt und die öffentliche Meinung wandte sich desto mehr der Regierung zu, je mehr es dieser gelang, den Streik zu einer politischen Aktion zu stampeln.

Zu tief wurzelt in den englischen Arbeitern oder doch in einem großen Teil der englischen Proletariat der Glaube an die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit allein durch die bürgerliche Demokratie. So konnte man angesichts der drei Millionen streikender Arbeiter einen Streik der Drucker als „Einschränkung der bürgerlichen Freiheit“ hinstellen und gleichzeitig dem Arbeiterblatt das Notationspapier beschlagnahmen! Man konnte den Streik als Angriff auf die Verfassung hinstellen und zur gleichen Zeit ernstlich an die Aufhebung des Streikrechtes der Arbeiter jähren! Die englische Bourgeoisie hatte sehr wohl begriffen, worum es ging. Sie wußte, daß eine politische Machtprobe zu bestehen war, von der mehr als die Regelung der Bergarbeiterlöhne abhing. Die englischen Arbeiter wußten es zum guten Teil noch nicht. Sie sind noch nicht zu dem vollen Klassenbewußtsein erwacht, sie besitzen noch nicht jene Solidarität, die bei festländischen Arbeitern auch in schlechten Zeiten heute eine Selbstverständlichkeit ist. Und noch etwas bedingt diese Rückständigkeit: die englischen Arbeiter hatten Gewerkschaften, ehe sie die politische Bewegung des Sozialismus kennen lernten. Ihre Gewerkschaften waren Berufsvertretungen und ihre Solidarität war eine ständliche. Darum konnten sie nicht verstehen, daß scheinbar im alleinigen Interesse der Bergarbeiter Millionen streifen sollten. Bauer sagt von dem Streikbruch:

Er war die Auflehnung der noch in den engen Schranken der Berufssolidarität befangenen gebliebenen Arbeiter gegen die schon zur Klassen-solidarität gereifte Mehrheit. Er war die Rebellion der Vergangenheit gegen die englischen Gewerkschaften gegen ihre Gegenwart. Er war die Revolte halbunserfährlichen Kurzgewerkschaftertums gegen modernen, gewerkschaftliche und politische Kampfmittel kombinierenden Klassenkampf.

Wenn also, so folgert Otto Bauer, den englischen Gewerkschaftsführern ein Vorwurf zu machen ist, dann nur der, daß sie sich nicht mit aller Gewalt gegen den Streik wehrten, dessen Gefahren sie kennen mußten. Und daß sie es nicht taten, daß sie den Streik zuließen, ist eine Folge der kommunistischen Hege. Die Führer der Klassenbewußten Arbeiterschichten waren radikal, die Führer der weniger Klassenbewußten gemäßigt. Nicht die Führer bestimmten die Haltung der Arbeiter, sondern die Arbeiter die ihrer Führer. Aber die gemäßigten Führer vertraten diesmal nicht konsequent die Meinung der Arbeiterschichten, an deren Spitze sie stehen, sondern wichen dem Druck der Radikalen. Die kommunistische Propaganda hatte nicht die Massen revolutioniert, aber sie hatte die gemäßigten Führer in ihrer Entschlußkraft gelähmt. Mit Recht behauptet Otto Bauer:

Nicht diese Gegensätze der „Richtungen“ waren das Entscheidende. Entscheidend war die Erfahrung von 1921. Auch damals verlangten die Bergarbeiter den Generallstreik. Damals haben die Führer der Eisenbahner und der Transportarbeiter ihn abgelehnt. Seither

sind sie jahrelang als „Verräter“ beschimpft worden. Nicht jeder erträgt solchen Schimpf. Diesmal hatten sie Angst, abermals als Verräter hingestellt zu werden. Deshalb haben sie, offenbar gegen ihre Überzeugung, für die Proklamierung des Generallstreiks gestimmt.

Wenn kampflustige Leute jeden, der nach sorgfältiger, gewissenhafter Prüfung der Kampfbedingungen zu dem Ergebnis gelangt, daß ein großer Kampf in einem bestimmten Augenblick nicht ratsam sei, deshalb einen Schwächling, Feigling, Verräter schimpfen, dann erzeugen sie eine Atmosphäre, in der viele es nicht mehr wagen, sich einem Kampfbeschlusse zu widersetzen, auch wenn sie den sicheren Mißerfolg voraussehen; dann werden Kampfbeschlüsse gefaßt, die mit verhängnisvollen Enttäuschungen enden. Auch das ist eine Lehre der englischen Erfahrung. Und vielleicht nicht die unwichtigste.

Die Gefahr der kommunistischen Propaganda wird uns von einer ganz neuen Seite gezeigt, und wir haben alle Ursache, ihr Beachtung zu schenken. Es ist in England heute

ähnlich gegangen wie seinerzeit in Italien. Auch dort war ein Teil der Führer, vor allem die Maximalisten, der Psychose erlegen, die das kommunistische „Verrat“-Geschrei erzeugt. Die Folge war dort ein vollständiger Zusammenbruch. In England gelang es der Besonnenheit der Führer, größeres Unheil zu verhüten. Die Führer sahen, daß die Massen nicht so revolutionär sind, wie der oberflächliche Eindruck, gewonnen aus dem Studium der Stimmung einiger Arbeiterschichten, vorpiegelte. Sie gaben dem Druck der Masse nach und wurden als deren Willensvollstrecker „Verräter“ im kommunistischen Sinne.

Schärfer als je zeigt sich in England, daß man mit einer entschlossenen Minderheit allenfalls einen Putsch, nie aber eine Revolution machen kann, und daß die revolutionärsten Führer nicht inslande sind, in einer Zeit der Krise eine Revolution herbeizuführen, wenn die Massen sie nicht wollen.

Die Linke für Neuwahlen.

Präsidentenwahl binnen 8 Tagen. — Die Sozialdemokraten fordern Neuwahlen des Sejm.

Warschau, 17. Mai. Gestern mittag legte die neue Regierung den Eid in die Hände des stellvertretenden Präsidenten Rataj ab; abends fand die erste Sitzung des neuen Ministerrates statt. Es wurde beschlossen, die Gültigkeit der Verordnungen über den Ausnahmezustand aufzuheben. Im Laufe des heutigen Tages sollen alle Ausnahmeverfügungen widerrufen werden. Der Innenminister teilte ferner mit, daß die internierten Mitglieder der ehemaligen Regierung bereits auf freien Fuß gesetzt wurden. Die Präzensur für die Blätter soll in den nächsten Tagen aufgehoben werden.

Aus den Mitteilungen des Innenministers ging ferner hervor, daß gegenwärtig nur in Posen eine gewisse Desorientierung herrscht, während in allen übrigen Wojwodschaften bereits normale Verhältnisse eingetreten sind.

Verfassungsgemäß muß die Nationalversammlung innerhalb acht Tagen den neuen Präsidenten wählen; der heutige Ministerrat hat sich bereits mit der technischen Seite der Einberufung der Nationalversammlung beschäftigt. Die größte Schwierigkeit besteht allerdings darin, daß in der

Nationalversammlung noch die Rechte die Mehrheit besitzt und das Parlament sich verfassungsgemäß nur selbst auflösen kann. Die Linksparteien und namentlich die Sozialdemokraten drängen auf sofortige Auflösung des Parlamentes; in einer gemeinsamen Beratung wurde heute beschlossen, während der Präsidentenwahl die bisher bestandene Einheitsfront der Linksparteien aufrecht zu erhalten.

Keine Einmischung Rußlands.

Moskau, 16. Mai. (Taf.) Die Sowjet-russische Telegraphen-Agentur ist ermächtigt, die ausländischen Pressemeldungen über eine anfänglich der Ereignisse in Polen angeblich erfolgte Konzentrierung von Sowjettruppen an der polnischen Grenze auf das entschiedenste als jeder Grundlage entbehrend zu dementieren und zu bekräftigen, daß die Sowjetregierung in diesem wie in allen anderen Fällen den Grundsatze der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder strikt bewahrt.

Posen leistet Widerstand?

Warschau, 17. Mai (Wolff). Die Stadt gewinnt langsam ihr gewöhnliches Aussehen. Der Ausnahmezustand ist aufgehoben worden. Bei Puschau, zehn Kilometer westlich von Warschau, und bei Kalisch stehen noch die aus dem Posener Gebiet von der Regierung Witos zu Hilfe herbeigerufenen Regimenter, die mit der Front gegen die Hauptstadt aufgestellt genommen haben. Die von der Warschauer Regierung in die Wege geleiteten Versuche, sie zum Abmarsch in ihre Garnisonen zu bewegen, sind bis jetzt ohne Erfolg gewesen. Amt-

lich wird der noch nicht vollzogene Abmarsch damit motiviert, daß die von Warschau nach dem Westen führenden Eisenbahnlinien noch verstopft sind.

Ein in Posen zusammengetretene zahlreiche Gruppe von Senatoren und Abgeordneten der drei Rechtsparteien hat sich in einer Draftung an den Sejmarschall und vorläufigen Staatspräsidenten Rataj dagegen gewendet, daß die Nationalversammlung nach Warschau einberufen werde, da in der Hauptstadt die Bedingungen für eine freie Aussprache nicht gegeben seien.

205 Tote und 966 Verwundete.

Große Schäden durch Artilleriefeuer und Fliegerbomben.

Warschau, 17. Mai. Die Zahl der Opfer der letzten Kämpfe beträgt nach den Verzeichnissen der Krankenhäuser 205 Tote und 966 Verwundete. Einen großen Teil dieser Opfer bilden Zivilisten, was der unvernünftigen Reagierde der Bevölkerung zuzuschreiben ist, welche blindlings den Orkan zustromte, wo geschossen wurde, wievohl die Truppenkommandanten dies verboten und verschiedene Schutzmaßnahmen getroffen hatten.

Heute vormittags fand auf dem Militärfriedhofe in Nowonki die feierliche Bestattung der in den Kämpfen gefallenen Soldaten statt. An der Leichenseier nahmen die gesamten Mitglieder der Regierung, Vertreter des Sejms und des Senates sowie Delegationen aller militärischen Abteilungen teil. Dem Leichenzuge folgte eine unübersehbare Menschenmenge.

Die größten Beschädigungen wurden infolge Artilleriefeuers und Fliegerbombardements angerichtet. Vom Artilleriefeuer wurde u. a. die Wasserleitungszentrale beschädigt, so daß die Stadt einen Tag hindurch ohne Wasser blieb. Ein Ar-

tilleriegeschloß beschädigte ziemlich schwer den Turm der Erlöserkirche. Größere Beschädigungen erlitten ferner: Das Gebäude des Generalstabes, das Ministerium für Heereswesen und die Kriegsschule. An der Peripherie der Stadt, wo bekanntlich harte Kämpfe zwischen den Pilsudski-Truppen und den zur Entlastung der Regierungstruppen eingetroffenen Posener Truppen stattgefunden haben, sind mehrere Häuser von Artilleriefeuer demoliert worden. Die Fliegerbomben haben in mehreren Straßen tiefe Löcher gerissen. Zahlreiche Straßen wurden dadurch beschädigt, daß die kämpfenden Truppen sich gegenseitig verschanzten und hiezu Straßentrottoirs herausrissen, um sich aus den Betonplatten Deckungen zu errichten. Ein sehr harter Kampf wurde u. a. in der Aljeje Jablonska geführt, wo eine Abteilung der Pilsudski-Truppen mit Maschinengewehren und einem Tank die Barrikaden der Regierungstruppen erkämpfte.

Das Belvedere-Palais erlitt nur ganz geringe Beschädigungen, da Marschall Pilsudski den Befehl erteilt hatte, das Palais womöglich zu schonen.

Die Obstruktion für den Mieterchutz.

(Von unseren Wiener Korrespondenten.)

Im Mietengesetzsausschuss, jenem Sonderausschuss, dem die Christlichsozialen die ehrenvolle Aufgabe zugewiesen haben, den Mieterchutz aufzubauen, machen die Sozialdemokraten Obstruktion, und die ganze bürgerliche Presse des In- und Auslandes wird nicht ermangeln, über die bolschewistischen Methoden der österreichischen Sozialdemokratie zu zetern, die das Parlament zerlegen will, um an die Stelle des Willens der Mehrheit den Willen der Minderheit zu setzen, und es wird nicht an Klagen darüber fehlen, daß die österreichische Sozialdemokratie es überhaupt liebt, mit bolschewistisch-terroristischen Mitteln die, ach, so demokratischen, bürgerlichen Parteien zu verzerren.

Dieses Gezammer über den Mieterchutz-Vorschlagskommission der österreichischen Sozialdemokratie wird am besten dadurch widerlegt, daß an der Spitze der Obstruktion im Mietengesetzsausschuss der Abgeordnete Leutner steht, den vom Frieden her auch die ausländischen Genossen als einen Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“ kennen und der auch jetzt aus seiner Abneigung gegen den Bolschewismus kein Geheimnis macht. Die österreichische Sozialdemokratie überhaupt, die als einzige der europäischen Sozialdemokratien den Bolschewismus in ihrem Bunde im Keim zu ersticken verstand — und das in einer Zeit, da die österreichische Arbeiterchaft hungerte, während an den Grenzen, in Ungarn und in Bayern, der Bolschewismus siegreiche Schlachten schlug — ist über den Verdacht bolschewistischer Gelüste erhaben.

Wahr ist allerdings, daß die bürgerlichen Parteien mit ihrem Anschlag gegen den Mieterchutz einen Anschlag gegen die revolutionären Errungenschaften der österreichischen Arbeiterchaft planen — wie ja der Gottsoberste der österreichischen Reaktion, der christlichsozialer Führer Dr. Seipel, es in diesem Kampfe als sein Ziel ausgesprochen hat, den „revolutionären Schutz“ wegzuräumen — und daß die österreichische Arbeiterchaft ohne jeden Unterschied entschlossen ist, diesen Anschlag abzuwehren. Wenn die Gegner darüber jammern, daß der Wille der Mehrheit mißachtet werden soll, so können die Sozialdemokraten darauf verweisen, daß bei den letzten Wahlen die überwiegende Mehrheit der städtischen Wähler für die Sozialdemokraten, also für den ungeschmäleren Mieterchutz gestimmt hat, und daß die bürgerlichen Parteien ihre Mehrheit im Parlament nur den nichtstädtischen Wählern verdanken, die bei ihrer Abstimmung an den Mieterchutz gar nicht gedacht haben. Ueberdies sind die Sozialdemokraten jeden Augenblick bereit, Neuwahlen auf der Plattform des Mieterchutzes vorzunehmen, und es wird sich ja dann zeigen, ob sich die bürgerlichen Parteien mit dieser Plattform in die Wahlen wagen werden. Ihre Erfahrungen bei den letzten Wahlen, die ihnen einen starken Abfall ihrer städtischen Wähler brachten, sprechen jedenfalls eine zu deutliche Sprache, als daß es sie nach einer Wiederholung gelüste.

Es mag auch nicht gelehnet werden, daß der Mieterchutz in Oesterreich viel weiter geht als sonst überall, und daß er namentlich in Wien — dank der Wohnungsfürsorge der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung — zu einer vollständigen Beseitigung der Hausrenten geführt hat. Nach dem geltenden Mietergesetz hat der Hausherr Anspruch auf den 150fachen Betrag der Friedensmiete. Da die Krone auf den fünfzehntausendsten Teil der Goldkrone entwertet ist, würde also der Hausherr nur ein Hundertstel der Friedensmiete erhalten. Dabei ist aber zu berück-

sichtigen, daß er im Frieden von seinem Mietzins die Hälfte als Gebäudesteuer an Staat und Gemeinde abliefern mußte, daß diese Steuer aber jetzt beseitigt ist, ferner, daß er im Frieden auch das Haus erhalten mußte, während diese Last jetzt den Mietern auferlegt ist, so daß sie, namentlich in den bauwürdigen Arbeiterhäusern, statt des 150fachen oft des Tausend- und Zweitausendfachen der Friedensmiete bezahlen müssen. Was die Hausherrn am meisten schmerzt, ist, daß überdies ihr Kündigungsrecht auf das äußerste beschränkt ist, im wesentlichen auf den Eigenbedarf, aber auch diesen können nur diejenigen geltend machen, die das Haus noch vor dem Ende des Krieges erworben haben.

Um die Wiedereinführung der Hausrentenrente kämpfen nun die bürgerlichen Parteien als Anfang des Abbaues des „revolutionären Schutzes“. Zwar wagen sie es noch nicht, die Abschaffung der Kündigungsbeschränkungen zu fordern, weil das auch ihre Wähler allzu sehr aufregen würde. Aber sie verlangen die sofortige Erhöhung der Mieten von 150fachen auf das Zweitausendfache und allmählich Erhöhung auf das Sechstausendfache der Friedensmieten, wobei sie die Erhöhung bis auf das Fünfschtaufendfache, ja, wie einige Heißsporne unter den Hausherrnhütern andeuten, bis auf das Vierundzwanzigtausendfache als Ziel ansehen. Als Argument für die Deffenlichkeit führen sie an, daß die Valorisierung der Mieten den privaten Wohnungsbau ermöglicht würde, während sie sehr wohl wissen, daß die Baukosten infolge der Uebervalorisierung der Baumaterialien dreimal so hoch sind als im Frieden. Die beste Widerlegung die es Argumentes bildet die Tatsache, daß für Neubauten schon heute die Beschränkungen der Mietpreise aufgehoben sind, daß aber trotzdem die private Bautätigkeit vollkommen eingestellt ist.

Nicht um diehebung der Bautätigkeit handelt es sich den Christlichsozialen, sondern um die Wiederherstellung jenes Typus von mühsigen Rentnern, wie ihn die Wiener Hausherrn in der seligen Zeit der christlichsozialen Herrschaft darstellten, wo der Wiener Gemeinderat allerdings nicht aus Proletariatsvertretern bestand, sondern seiner großen Mehrheit nach aus Hausherrn; wo die Gemeinde jede kommunale Bautätigkeit als einen Eingriff in die Freiheit des Erwerbslebens ansah, wo allerdings auch der Wohnungsbau vollkommen darniederlag, so daß die Zahl der Einwohner doppelt so stark zunahm als die der Wohnungen, wo darum auch die teuersten Wohnungen waren, wo eine Proletariatswohnung von einem Zimmer und einer Kammer eine seltene Ausnahme war und als Luxus galt, wo die Masse der Proletariat in einzimmrigen Wohnungen mit fremden Asterniern sich zusammenpferchen ließ, wo die Hausherrn die Peitsche über den Mietern schwenkten, ihnen die Mietzinse nach Gutdünken diktierten und unbotmäßige Mieter auf die Straße warfen, während sie selbst das Schmarotzerleben mühsiger Rentner führten.

Dagegen wehren sich die Sozialdemokraten und sie finden dabei die begeisterte Unterstützung nicht nur der Massen der Arbeiterchaft, sondern auch der kleinen Geschäftsleute und Gewerbetreibenden, die durch die von den Christlichsozialen geplante Beseitigung des Mieterchutzes ebenfalls bedroht sind. Und es ist ausgeschlossen, daß die Christlichsozialen fürchten den Appell an die Wähler und deshalb haben sie die Obstruktion der Sozialdemokraten durch einen Bruch der Geschäftsordnung zu brechen versucht, indem der Obmann des Ausschusses, als ihm die sozialdemokratischen Reden zur Tagesordnung zu lange dauerten, plötzlich eine weitere Wortmeldung „überhörte“ und in dem Lärm, der daraus ent-

stand, behauptete, er habe bereits die Wahl des Berichterstatters über die Regierungsvorlage vorzunehmen lassen und es sei der Christlichsoziale K. gewählt. . . Diese Vergeßlichkeit hatte die Folge, daß die Sozialdemokraten von der technischen zur gewaltsamen Obstruktion übergingen, und daß dann der sozialdemokratische Abgeordnete auf den formellen Beschluß faßte, seine Ausschussmitglieder zu beauftragen, die Obstruktion fortzusetzen und jede Gewalt mit Gewalt abzuwehren.

Es wird den bürgerlichen Parteien nicht

übrig bleiben, als entweder auf den Abbau des Mieterchutzes zu verzichten oder das Parlament aufzulösen. Dann wird das Volk darüber entscheiden, ob eine Regierung, die die Kleinrentner und die Kriegskörper mit schädigen Almosen abspeist, die den Beamten die Erhöhung ihrer Hungerlöhne verweigert, die ganze Bevölkerung mit der Wiederherstellung der Hausherrnrente belasten darf, damit einigen tausend Hauskapitalisten, die die Hypotheken in entwertetem Geld abbezahlt haben, ein Schlemmerdasein auf Kosten der Mieter ermöglicht werde. G. P.

Beamtenregierung oder parlamentarisches Kabinett.

Bemühungen um das Wiederaufleben der internationalen Koalition.

Die Prager Bauorganisation der tschechischen sozialistischen Partei hielt am Sonntag eine Konferenz ab, an welcher die meisten Führer der Partei darunter Stříbrný, Alošas und Beneš teilnahmen. In der zur Annahme gelangten Entschliessung wird zunächst festgestellt, daß die heutige Beamtenregierung „eine krankhafte Erscheinung der Demokratie“ ist. Die Haltung der Partei zu dieser Regierung wird von deren Taten abhängen. Dabei wird festgestellt, daß gerade in der Zeit der Beamtenregierung die Reaktion erstarkt ist, wodurch die Errungenschaften der Nachkriegszeit bedroht erscheinen. Zur Frage der Agrarzölle wird folgendermaßen Stellung genommen:

Die Frage der Agrarzölle, welche gewalttätig und rücksichtslos in unsere gesetzgebenden Körperschaften geworfen wurde, ist der beste Beweis des Kleinlichen Geistes für die Bedürfnisse der ganzen Nation und des Staates. Wir stellen uns nicht gegen den gerechten Schutz der landwirtschaftlichen Produktion, welche gewahrt werden soll, so weit die Kleinlandwirte und Häusler dessen bedürfen. Niemals aber dürfen die Agrarzölle das Mittel zur Bereicherung der reichen Großbauern und Getreidebesitzer werden, genau so wie sie nicht der Anlaß einer ungerechten Verteuerung der Lebensbedürfnisse (gibt es denn eine gerechte Verteuerung? v. Red.) der breitesten Konsumtenten-schichten werden dürfen.

Aus der Resolution ist also zu ersehen, daß die tschechischen Sozialisten zu einem Kompromiß in der Frage der Agrarzölle geneigt sind.

Fest und bestimmt wird die Resolution, so bald darin in den faschistischen Strömungen in der Tschechoslowakei Stellung genommen wird. Es heißt da:

In die heutige politische Atmosphäre fällt auch der verdächtige Ruf nach einer starken Hand, die Ordnung schaffen sollte, der Ruf nach dem Faschismus. Wir überschauen diese Erscheinungen nicht, konstatieren aber, daß sie die Folge der heutigen parlamentarischen Krise sind und daß sie in keiner Weise der schwer erworbenen Freiheit unserer Nation zur Ehre gereichen. Wir erklären, daß wir die Ordnung, wenn es notwendig sein wird, selbst machen werden, und zwar in den Grenzen der Verfassung und zum Vorteil des Staates und der ganzen Nation. Wir brauchen dazu nicht fremde Methoden zu kopieren.

In der Debatte erklärte überdies Abgeordneter David, daß die Zugehörigkeit zur Partei der tschechoslowakischen Sozialisten mit der Mitgliedschaft in faschisti-

schen Organisationen unvereinbar sei.

Zum Schluß kommt die Resolution noch einmal auf die Krise der Regierungsmehrheit zu sprechen, aus der der Ausweg nur gefunden werden kann, durch die Schaffung einer neuen parlamentarischen Regierung. Darüber wird gesagt:

Im Interesse der ruhigen Entwicklung der Verhältnisse im Staate fordern wir eine rasche Liquidation der Beamtenregierung und die Vereinbarung eines Koalitionsprogramms, das Grundlage einer neuen und gesunden parlamentarischen Koalition werden könnte, welche die Regierung und damit die Verantwortung für die weitere Entwicklung des Staates übernehmen würde. Wir wissen, daß auch diese Koalition eine Notmaßnahme sein wird. Solange aber die Verhältnisse in der Nation nicht soweit reif sind, daß es nicht zu ständiger Splitterung der politischen Kräfte kommt und zum Kasardieren mit Stimmen für antifaaschische und reaktionäre Elemente, bis zu der Zeit und unter solchen Verhältnissen erachten wir das Koalitionsprogramm als einzigen Ausweg für ein gedeihliches Staatsleben. In dieser Koalition aber müssen wir Gleiches unter Gleichen sein. Die Interessen des Volkes, des kulturellen Fortschritts und des Sozialismus dürfen nicht im geringsten gefährdet werden.

Auch die Nationaldemokraten und Merislae erheben den Ruf nach einer neuen parlamentarischen Koalitionsregierung. Das Hauptorgan der tschechischen Volkspartei „Lidove Listy“, die erst vor einigen Tagen mit dem Faschismus kolettiert haben, veröffentlichten einen Artikel unter dem Titel „Heraus aus der Passivität“, worin alle diktatorischen Pläne verurteilt und auf die Gefahren hingewiesen wird, welche für die Demokratie aus der langen Dauer der Beamtenregierung entstehen können. Die neue Koalition wird allen diktatorischen Plänen ein Ende machen.

Sogar der dem Faschismus nächststehenden Partei, den tschechischen Nationaldemokraten, scheint nach den Vorgängen in Polen die Lust an faschistischen Experimenten vergangen zu sein. Im sonntägigen Beistartikel der „Narodni Listy“ wird aus den Vorgängen in Polen die Lehre gezogen, daß man „zu dem Mittel zurückkehren müsse, das sich zweifellos schon so oft bewährt hat“, nämlich der Verständigung der Mehrheitsparteien. Seit dem Antritte der Beamtenregierung ist eine Reihe magerer Monate vergangen, die Prüfung, wie es ohne Koalition und feste Mehrheit gehen wird, dauerte, wie wir glauben, schon genug lange.“ Das Abendblatt der „Narodni Listy“ hebt hervor, daß der größte

Aus dem Tschadischen von Richard Braubach.

Moral en gros.

Ein Roman wider alles Herkommen

24 Von Jiri Hausmann.

„Beruhigen Sie sich nur, lieber Freund,“ erwiderte nach einer Weile Nachdenkens der Eisenbahnkönig, „geht es nicht anders, so begnügen wir uns eben mit dem Süden von Utopien — hol der Teufel den Norden, er kann uns ja auch nichts anhaben! Davon ist ja nichts Sachliches!“

„Daran, daran freilich nicht,“ erwiderte versetzt Erceffior, „aber die Folgen . . . die Folgen!“

„Ja, was für Folgen denn, ich bitte Sie?“ unterbroch ihn wieder Argthropas.

„Was für Folgen? Sie fragen, was für Folgen? Schrecklich, werden sie sein, Sir, grauenhaft! Sie werden sehen, grauenhaft!“

Und sich den Kopf haltend, lief der geniale Ingenieur wie irrinnig, ohne zu grübeln, auf die Straße hinaus.

Beider sollte es sich bald zeigen, daß seine trüben Befürchtungen nur all u begründet waren.

XII. Kapitel.

Die Tragödie von Bellicus.

In der Matrosenreihe „Zum Blauen Apollo“, der vertrautesten Kaserne an der südlichen Peripherie von Bellicus, ging es an jenem Abend ungewöhnlich lebhaft zu. Im Saal hatten nämlich gleichzeitig drei Riesendampfer der „Amerikanisch-Utopischen Transportgesellschaft“ untergeworfen, die außer einer riesigen Warenfracht auch eine Bemannung von zweihundertfünfzig Köpfen gelandet hatten. Diese setzten sich aus Angehörigen der verschiedenen Völker, Rassen und Religionsbekenntnisse zusammen. Die von der mehrtägigen Seefahrt übergelakunten Matrosen benutzten den kurzen, ihnen gewährten Urlaub, dazu,

ihre frische Jugendkraft in wüsten Trümpelgelagen auszutoben. Diesen Wünschen kam der „Blaue Apollo“ mit seinen berühmten „drinks“ und der nicht weniger berühmten Damenbedienung ausgezeichnet entgegen. Daher war es nicht zu verwundern, daß schon um die siebente Stunde familielle neun über das ganze Lokal verteilten Tische vollbesetzt waren.

Die Unterhaltung ging anfangs ziemlich ruhig vor sich, keiner der Anwesenden war noch den Wirkungen des giftigen Alkohols erlegen und die verhältnismäßige Ruhe wurde nur von Zeit zu Zeit durch Schüsse aus einer langen Pistole unterbrochen, mit denen der ehemalige mexikanische Cowboy Cortabillo den massiven Sechshöcker, der allgemein der „fette Teddy“ hieß, aufmerksam machte, daß er einem neuen Gläschen Cocktail oder Rum nicht abgeneigt wäre. Niemand schenkte indes diesen Schüssen Aufmerksamkeit, da jeder mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigt war. An dem einen Tische spielte man eifrig „Gottes Segen“, wobei besonders ein gewisser Wokas Abrahamowicz, dem Vernehmen nach ein polnischer Jude, tatsächlich aber britischer Unterian, bedeutende Beträge einstrich, während die Geldbörse des Russen Watuschkow auffallend dünner wurde; ein fib'hender Somburger namens Wiedermann schaute nur finster drein und wiegte ernst den Kopf hin und her. In einem anderen Tische lauften einige junge Männer, noch unerfahrene Schiffsbetzer, den abenteuerlichen Erzählungen des Italiener Poltroni zu, denen die freischwebende Töne, die abwechselnd von den Tscheden Wenzel Busweje und Josef Cervikel einer alten Ziehharmonika entlockt wurden, eine durchaus unpassende Begleitung bildeten. Etwas abseits davon bot der Amerikaner Crawford dem dänischen Steuermann Petersen unter lauten Grimassen des gedehnten Pariser Befehl seinen Rangummi zum Kosten an. Die übrige Gesellschaft unterhielt sich mit den Damen, besonders der riesige Reger Morenga

machte sich sehr lebhaft an die „rote Marie“, die gefuchteste Schönheit des ganzen Lokales, heran. Aber gerade dieses doch ganz unschuldige Vorhaben des Regers veranlaßte den heißblütigen Cortabillo (in dessen Innerem sich bereits ein halber Liter Rum mit fünf Gläschen Whisky und drei „Mikados“ mischten) dazu, daß er sich mit einem Male erhob und drohend zwischen den Zähnen hervorstieß: „Hör mal, du schwarzer Affe, das ist mein Mädchen — und wenn du sie nicht in Ruhe läßt, so — —“, ein vielsagendes Rasseln mit dem patronengespierten Gürtel ersetzte zur Genüge den unausgesprochenen Nachsatz dieser hypothetischen Periode.

Morenga blickte eine Weile verständnislos auf den Angreifer, aber als ihn dieser grob Leisete sich, um selbst den Platz an der Seite der roten Marie einzunehmen, brüllte er irgendein Schimpfwort in seiner Muttersprache, fleischte seine weißen Zähne und einen kupfernen Vorring aus der Tasche ziehend, machte er sich zum bewaffneten Widerstande bereit. Auch der Mexikaner nahm eine Kampfstellung ein und machte durch einige Schüsse die ganze zechende Gesellschaft auf den Streit aufmerksam.

Diese teilte sich sofort in zwei Lager und bildete in der Nähe ihrer Favorits laut debattierende Gruppen. Auf die Seite Cortabillos schlug sich infolge der Massenerwandschaft der Italiener Poltroni mit den jungen Seizern und dann der ernste Wiedermann, der wohl wußte, daß sein geliebtes Vaterland geschäftlich mehr an dem Lande des Cortez interessiert sei als an den Sandwüsten von Zentralafrika. Dagegen sympathisierte mit dem Reger der Franzose Lefeu (Gaus Ritterlichkeit“, wie er sagte), dann Petersen mit der Begründung, daß er den ungerecht Angefallenen verteidigte, und einige ander Matrosen einfach deshalb, weil ihnen der Mexikaner mit seiner Pistole von Anfang an zuwider gewesen war. Die beiden Tscheden ergriffen natürlich entgegengesetzt Partei und rauchten bereits miteinander,

bevor es noch zwischen den Hauptparteien zum Zusammenstoß gekommen war. Der Amerikaner Crawford war zwar nach seiner Stammeszugehörigkeit verpflichtet, beim Nymphen des Farbigen mitzutun, aber im Hinblick auf das nicht besonders freundschaftliche Verhältnis der Vereinigten Staaten zu der Heimat des Cowbohs konnte auch er sich für diesen nicht recht erwärmen und wahrte daher Neutralität, indem er sich darauf beschränkte, Wetten auf drei zu zwei für Cortabillo abzuschließen.

Als der britische Untertan Abrahamowicz sah, daß es zu einer Prügelei komme, packte er seinen Gewinst zusammen und verdeckte sich damit unter dem Tische. Nur Watuschkow bemühte sich, die Gegner noch rechtzeitig zu vermahnen, indem er, eine geleerte Flasche Jamaikarums hin- und herwickelnd, ausrief:

„O, Ihr Täuubchen, Ihr lichten Falken! Habt Ihr es nötig, Euch im Selbstenkampf zu begegnen? Nein, meine Brüderchen, setzt Euch schön nieder, trinkt Wodka, liebkost Eure Schönen und es wird Euch wohl sein; aber wozu, frage ich, will jemand Gott versuchen?“

Aber alles Jureden war vergeblich. Morenga hatte bereits Cortabillo einen fürchterlichen „hod“ in die Schläfe versetzt, während dieser mit einem gut gezielten Schusse die linke Ohrmuschel des Gegners durchbohrt hatte, Poltroni entnahm dem Schaße seines Stiefels ein langes Messer und stürzte sich damit auf den Dänen. Der Franzose begann mit dem Deutschen um freien Stille zu ringen und die Baden der beiden Tscheden schwoilen von den gegenseitigen Ohrfeigen bis zur Unkenntlichkeit an. Auch zwischen den übrigen Anwesenden entstand ein heftiges Scharmügel. Der „fette Teddy“ rief verärgert um Hilfe, die „Damen“ duckten sich furchtsam in eine Ecke, nur die „rote Marie“ verfolgte beg'etig den Kampf, bereit, sich dem Sieger, wer es auch sei, in die Arme zu werfen.

(Fortsetzung folgt.)

Stein des Anstoßes — die Getreidezölle — weggeräumt werden müsse.

Wir können die Hoffnung aussprechen, daß die Lösung des Problems der Agrarzölle sich auf einem Wege befindet, welchen wir gleich als der Antrag Donat im Senate überreicht worden war, als den einzig möglichen und gangbaren bezeichnet haben.

Das Schwergewicht der politischen Situation befindet sich bei den tschechischen Sozialdemokraten. An ihnen liegt es, ob die allnationale Koalition wieder geschaffen werden wird, oder nicht.

Agrarische „Argumente“.

Zu den parlamentarischen Auseinandersetzungen über die Agrarzölle.

Von Abg. Josef Schweighart.

II.

Herr Abg. Dr. Hanreich hat von oben herab über die „agrарische Filiale“ der sozialdemokratischen Partei gewipelt. Der Spott war sicherlich sehr gequält. Den Herren Agrariern ist in ihrer Haut nirgendwo mehr übermäßig wohl zumute.

Und wenn heute noch tatsächlich zehntausende Kleinlandwirte den Agrariern Gefolgschaft leisten, so nur deshalb, weil sie deren Wesen nicht kennen, wirtschaftlich abhängig sind und vom Sozialismus keine klare Vorstellung haben.

Wenn es wahr wäre, daß die agrарische Politik die wahre „Rettung des Landvolks“ brachte, dann hätte die österreichische Landwirtschaft unter der grünen Fahne, die über dem Staate wehte, die größte Blüte erleben müssen.

Niemals haben sich die Versprechungen der Agrarier als haltloser erwiesen, als während der ersten fünfjährigen Hungerperiode, die das Volk ab 1914 durchzumachen mußte.

Herr Abg. Dr. Hanreich hat in seiner „Berichtungsrede“ gegen uns auch den Ausdruck gebraucht, die Agrarier wollen nicht die „Dummerln“ sein.

neuerlich in die allnationale Koalition einzutreten, dafür zeugen die nachstehenden Ausführungen des montägigen Abendblattes des „Pravo Lidu“:

Die Koalitionsregierung kann geschaffen werden bis die Agrarpartei ihr Votum abgibt, die liberale Partei ihr Kongruenzvotum abgibt und bis die nationaldemokratische Partei, wenn man bei der Bildung der Koalition mit ihr rechnen soll, ihre Reihen von den faschistischen Elementen säubert.

Von den Verhandlungen über die Staatsbeamtenvorlagen, bei denen bis auf den Kongruenzparagrafen die Einigung ziemlich hergestellt zu sein scheint, und von den schwierigeren Verhandlungen über die Agrarzölle hängt es ab, wie lange die Beamtenregierung am Werke bleibt und warum sie von einer neuen parlamentarischen Regierung, die im großen ganzen nur eine neue Auflage des letzten parlamentarischen Kabinetts Svehla sein dürfte, abgelöst werden wird.

Subventionen für landw. Ausstellungswesen, Pflanzenbau, Futterbau, Rindviehzucht, Wolfzucht, Rindviehzucht machten außerdem 6.052.000 Kronen aus. Dazu kamen noch für Meliorationen 4.400.000 K., außerdem der Staatsbeitrag für den Meliorationsfond von 8 Millionen Kronen.

Dr. Schiller hatte berechnet, daß die Agrarier zur Gesamtsumme nicht ein Drittel beitrugen, in punkto Staatssubventionen waren sie jeder anderen Bevölkerungsgruppe voran.

Von den Landtagen erhielten die agrарischen Organisationen ebenfalls wachsende Beträge. Der Landeskulturrat in Niederösterreich kostete das Land 1910 nicht weniger wie 222.060 K. Für „landwirtschaftliches Genossenschaftswesen“ gab man im selben Jahre 318.200 K. aus.

Im Jahre 1901 hat der niederösterreichische Landesauschuss unterzinslich 2 Millionen Kronen aus Steuergeldern für einen Reservefonds der agrарischen „Genossenschaftszentrale“ zur Verfügung gestellt.

Für das Jahr 1909 kamen bei den tschechischen Wolfzuchtgenossenschaften in Böhmen auf jedes Mitglied 35 K. Subvention, bei den Spiritusbrennereigenossenschaften 216 K., bei den Lagerhausgenossenschaften 39 K., bei den Flachsbauerngenossenschaften 90 K., bei den Maschinengenossenschaften 64 K.

Bei den deutschen Lagerhausgenossenschaften kam auf ein Mitglied eine Subvention von 103 und per Meterzentner eingelageretes Getreide ein Betrag von 338 K.

Was bei den diversen Lieferungen an den Staat die Agrarier verdienten, war auch nicht von Pappe.

Im tschechoslowakischen Staate haben sich die Dinge sicherlich nicht verschlechtert. Ich erinnere nur an die Millionenbeträge für Meliorationszwecke, Notstandsunterschieden etc., welche die Bauern den Häusern wegchnappen. Aus dem Titel der Nachkriegsschäden erhalten die landwirtschaftlichen Genossenschaften 171,5 Millionen Kronen befristeter Sanierung aus staatlichen Mitteln.

Wie sehr die deutschen Agrarier auf Schnorren eingeht sind, zeigt ja auch der Bericht zum Parteitag in Znaim, daß man die Geldquellen der landwirtschaftlichen Genossenschaften für Parteizwecke „erschließen“ sollte, weil die Parteibeiträge der Mitglieder nicht auslangten.

Wie wenig die öffentlich vorgetragenen sogenannten Argumente der Agrarier ernst genommen werden dürfen, zeigt die Erfahrung. Zu ihren hauptsächlichsten Schlagworten gehört auch die total falsche Behauptung, daß die Kleinlandwirte Zollfreunde sein müssen.

Die Führer derer von Ar und Palm haben schon immer die Richtigkeit des Sprichworts erkannt, daß man mit Speck Mäuse fängt. Was soll es anderes als „Speck“ sein, wenn im „Dösterreichischen agrарischen Handbuch“, herausgegeben unter der Widmung S o h e n b l u m s, im Jahre 1911 auf Seite 2 zu lesen ist:

„Demgegenüber vertreten die Agrarier den Standpunkt, daß an Stelle dieser individualistischen (persönlichen) Auffassung des Wirtschaftslebens die organische zur Geltung gelange, d. h., sie wollen, daß nicht das Recht des Stärkeren,

der rücksichtslose Eigennutz herrsche, sondern daß alle im Staate sich als Glieder einer Arbeitsgemeinschaft fühlen und ihre privaten Interessen mit den allgemeinen in Einklang bringen. Das wachsende Proletariat auf der einen und die immer weitergehende Vereinnahmung (Konzentration) des Kapitals, der Geldherrschaft (Plutokratie) auf der anderen Seite, wie sie die heutige Zeitrichtung zeitigt, muß schließlich zu einer Katastrophe führen und den Bestand des Staates auf das ärgste gefährden. Darum begrüßen wir Agrarier eine Kräftigung und möglichst Vermehrung der Mittelstandsexistenzen sowie eine neuzeitliche Organisation der Volkswirtschaft. Die Art, der volkswirtschaftlichen Organisation, die wir heute besitzen, ist die kapitalistisch-plutokratische, die uns nach immer 7—9 Jahren eine große allgemeine Krise in der Volkswirtschaft beschert, die Kapitalisten unmäßig bereichert und den Fortschritt auf die Dauer hemmt. Der Agrarismus will deshalb die Beseitigung dieser kapitalistischen Organisation unserer Volkswirtschaft durch eine wesentliche ideale Organisation, die von einer wahrhaft sozialen Auffassung in Rechten und Pflichten getragen wird und nach möglicher harmonischer Entfaltung aller Glieder des Volkes strebt.“

Das ließ der Reichsritter v. S o h e n b l u m schreiben, in dessen Agrarischen Zentralstelle (gegründet 1898) lediglich die Großagrарier beisammen waren. Vorsitzender der konstituierenden Sitzung war Fürst K u e r s p e r g, der erste Präsident Graf L e d e b u r g, die nächsten die Grafen K o t t u l i n s k y und B u q u o s h sowie Fürst K u e r s p e r g. Und obwohl die reichsten Großagrарier beisammen saßen, ließen sie sich von der österreichischen Regierung jährlich bis zu 15.000 K. Subvention bezahlen. Alles vor allem im Interesse der Grund- und auch der Industriel kapitalisten. Keine Spur ist von dem angeblichen Streben zu finden, eine neue und bessere Wirtschaftsordnung zu schaffen, die Macht des Staates zu brechen. Alles Geflüster, berechnet für Dumme. Will Herr Kollege am Ende das Gegenteil beweisen??

Ein Uebergangskabinett Marx.

Die Sozialdemokraten für Neuwahlen.

Berlin, 17. Mai. (Wolff.) Reichspräsident von Hindenburg hat den bisherigen Reichsjustizminister Dr. Marx zum Reichskanzler ernannt und die Mitglieder der bisherigen Reichsregierung in ihren Ämtern bestätigt. Die neue Regierung wird in der Reichstags Sitzung von Mittwoch eine Erklärung abgeben.

Berlin, 17. Mai. (Eigenbericht.) Die Ernennung des Reichsjustizministers Dr. Marx zum Reichskanzler stellt nur eine vorübergehende Lösung dar. Von allen Seiten wird betont, daß das neue Kabinett Marx nur eine Uebergangsgovernment sein werde. In der Tat löst die jetzige Beendigung der Regierungskrise, obwohl sie außerordentlich schnell erfolgte, nirgends ein Gefühl der Befriedigung aus, weil wiederum nur eine Minderheit hinter dem Kabinett steht. Wie aber eine Mehrheit geschaffen werden soll, um eine Regierung von längerer Dauer zu ermöglichen, darüber gehen die Meinungen sehr auseinander.

Volksentscheid am 20. Juni.

Berlin, 17. Mai. (Eigenbericht.) Die neue Regierung hat bereits in ihrer ersten Sitzung beschlossen, den Gesetzentwurf über die Enteignung der Fürstenvermögen am 20. Juni zum Volksentscheid zu stellen. Die näheren Bestimmungen über den Wahlakt werden morgen veröffentlicht.

Die Zeit für die Agitation ist demnach verhältnismäßig kurz bemessen worden. Die Sozialdemokratie hat aber längst schon ihre Vorbereitungen getroffen; da mit der regsten Aufklärungsarbeit aller Parteigenossen zu rechnen ist, darf man ein günstiges Ergebnis des Volksentscheides erwarten.

Wieder ein rechtsradikales Waffenlager entdeckt.

Berlin, 17. Mai. Das „Hamburger Echo“ meldet, daß in Holstein, auf dem Gute Krümmbeck, ein großes Waffenlager entdeckt worden ist, über dessen Herkunft die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind. Es sollen mehrere 100 Infanteriegewehre und 80 schwere Maschinengewehre vorgefunden worden sein.

Die nichtständigen Ratsitze.

Genf, 17. Mai. Der vom Redaktionskomitee des Prüfungsausschusses ausgearbeitete und vom Ausschuss heute genehmigte Entwurf betreffend die Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder deckt sich im wesentlichen mit den von Lord Robert Cecil vorgeschlagenen Richtlinien.

Die Frage der ständigen Ratsitze ist im Entwurf nicht berührt. Es soll versucht werden, sie in den nächsten Wochen auf diplomatischem Wege beizulegen.

Die Mitschuld der Regierung Bethlen.

Ballabiciini davon überzeugt.

Budapest, 17. Mai. Im heutigen Zeugenverhör im Frankfalscherprozeß erklärt der Zeuge Graf R i e s, sich erinnern zu können, daß der Minister B a h in einer Konferenz in der Wohnung des Zeugen zu Beginn dieses Jahres erzählte, Bethlen habe vor seiner Genfer Reise seinen Staatssekretär zum Polizeichef geschickt mit der Befehlung, acht zu geben, daß keine Unannehmlichkeiten entstehen.

Allen Verleumdungen zum Trost, daß die „Roten“ den Ruin der „Landwirtschaft“ anstreben, ringt sich immer mehr die Erkenntnis auch in den Kreisen des schwer arbeitenden Landvolkes durch, daß sein Heil nicht im Bunde mit dem Agrar- und Industriel kapital liegt, sondern im Kampfe mit der äbrigen arbeitenden Klasse gegen die Herrenklasse, in deren Interesse die Landwirte handeln. Diese Erkenntnis wird kräftig gefördert, wenn wir im Kampfe um die Zölle den Agrariern die Maske der Volkstreue vom Gesichte reißen.

Ein schöner Gemeindevahlerfolg.

Die sozialdemokratische Mehrheit in Falkenau—Nittlich behauptet.

Bei den am Sonntag, den 16. Ma. in Falkenau-Nittlich stattgefundenen Gemeindevahlen erhielten die deutschen Sozialdemokraten von 24 zu vergebenden Mandaten 13 Mandate. Die Kommunisten brachten es auf 3 Mandate, die Gewerdepartei erhielt 2, die deutsche Wahlgruppe 5 und die tschechische Minderheit 1 Mandat. Gegenüber der bei der Nationalratswahl abgegebenen Stimmenzahl haben sich die sozialdemokratischen Stimmen um 60 erhöht. Gegenüber den letzten Gemeindevahlen verlieren die Sozialdemokraten und die deutsche Wahlgruppe je ein Mandat. Jedenfalls bedeutet der Ausgang der Gemeindevahlen in Falkenau-Nittlich einen schönen Erfolg für die Partei.

Ein Uebergangskabinett Marx.

Die Sozialdemokraten für Neuwahlen.

Berlin, 17. Mai. (Wolff.) Reichspräsident von Hindenburg hat den bisherigen Reichsjustizminister Dr. Marx zum Reichskanzler ernannt und die Mitglieder der bisherigen Reichsregierung in ihren Ämtern bestätigt. Die neue Regierung wird in der Reichstags Sitzung von Mittwoch eine Erklärung abgeben.

Berlin, 17. Mai. (Eigenbericht.) Die Ernennung des Reichsjustizministers Dr. Marx zum Reichskanzler stellt nur eine vorübergehende Lösung dar. Von allen Seiten wird betont, daß das neue Kabinett Marx nur eine Uebergangsgovernment sein werde. In der Tat löst die jetzige Beendigung der Regierungskrise, obwohl sie außerordentlich schnell erfolgte, nirgends ein Gefühl der Befriedigung aus, weil wiederum nur eine Minderheit hinter dem Kabinett steht. Wie aber eine Mehrheit geschaffen werden soll, um eine Regierung von längerer Dauer zu ermöglichen, darüber gehen die Meinungen sehr auseinander.

Volksentscheid am 20. Juni.

Berlin, 17. Mai. (Eigenbericht.) Die neue Regierung hat bereits in ihrer ersten Sitzung beschlossen, den Gesetzentwurf über die Enteignung der Fürstenvermögen am 20. Juni zum Volksentscheid zu stellen. Die näheren Bestimmungen über den Wahlakt werden morgen veröffentlicht.

Die Zeit für die Agitation ist demnach verhältnismäßig kurz bemessen worden. Die Sozialdemokratie hat aber längst schon ihre Vorbereitungen getroffen; da mit der regsten Aufklärungsarbeit aller Parteigenossen zu rechnen ist, darf man ein günstiges Ergebnis des Volksentscheides erwarten.

Wieder ein rechtsradikales Waffenlager entdeckt.

Berlin, 17. Mai. Das „Hamburger Echo“ meldet, daß in Holstein, auf dem Gute Krümmbeck, ein großes Waffenlager entdeckt worden ist, über dessen Herkunft die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind. Es sollen mehrere 100 Infanteriegewehre und 80 schwere Maschinengewehre vorgefunden worden sein.

Die nichtständigen Ratsitze.

Genf, 17. Mai. Der vom Redaktionskomitee des Prüfungsausschusses ausgearbeitete und vom Ausschuss heute genehmigte Entwurf betreffend die Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder deckt sich im wesentlichen mit den von Lord Robert Cecil vorgeschlagenen Richtlinien.

Die Frage der ständigen Ratsitze ist im Entwurf nicht berührt. Es soll versucht werden, sie in den nächsten Wochen auf diplomatischem Wege beizulegen.

Die Mitschuld der Regierung Bethlen.

Ballabiciini davon überzeugt.

Budapest, 17. Mai. Im heutigen Zeugenverhör im Frankfalscherprozeß erklärt der Zeuge Graf R i e s, sich erinnern zu können, daß der Minister B a h in einer Konferenz in der Wohnung des Zeugen zu Beginn dieses Jahres erzählte, Bethlen habe vor seiner Genfer Reise seinen Staatssekretär zum Polizeichef geschickt mit der Befehlung, acht zu geben, daß keine Unannehmlichkeiten entstehen. Der Bischof Z a d r a v e c z habe gesagt, es könnten keine Unannehmlichkeiten entstehen, weil B e t t e r S t e p h a n (Graf Bethlen) um die Sache wisse.

Tagesneuigkeiten.

Schlechter und teurer!

Ein Wort über die tschechoslowakische Eisenbahn.

Die tschechische Eisenbahn war immer sehr teuer, ihre Tarife gehören zu den teuersten in Europa. Aber sie hatte immerhin einen Vorzug, desswegen man ihr manches nachsehen durfte: sie war pünktlich, absolut verlässlich, geradezu militärisch pünktlich. Selbst in Zeiten stärkster Frequenz fuhren Personen- und Schnellzüge im allgemeinen fabrikplanmäßig ein und ab, veräumte Anschlüsse waren nur sehr ausnahmsweise zu verzeichnen.

Das galt bisher oder bis vor kurzem. In der letzten Zeit häufen sich Zugsperrungen und andere Unannehmlichkeiten und die Leute, die die tschechischen Bahnen viel benutzen müssen, werden sich, wenn das so weiter geht, auf die skandalösesten Schlamereien gefaßt machen müssen. Wir haben erst am Sonntag einen Fall erwähnt, in dem durch unglückliche Miswirtschaft ein Schnellzug auf der Strecke Bodenbach-Prag einundeinhalb Stunden Verspätung hatte. Tags darauf, am letzten Sonntag, langte auf derselben Linie der Schnellzug, der um halb 4 Uhr in Prag eintreffen soll, erst nach vierzigminütiger Verspätung ein. Die Verspätung, mit der er von Bodenbach weggefahren war, hatte sich bis Prag mehr als verdoppelt. Als Grund hierfür gab auf die Frage eines Reisenden einer der Zugführer ganz offen zu, daß die „schwache Maschine“ eben nicht mehr leisten könne. Mit solcher Erklärung soll sich wahrscheinlich der Staatsbürger, der Fremde, der Steuerzahler und der Käufer der Fahrkarte einfach abfinden!

Ist es nicht bittere Ironie, daß solche Erscheinungen sich gerade jetzt zeigen, wo wir seit einigen Wochen mit einem Beamten und Fachmann als Eisenbahnminister beglückt sind? Und ist es nicht geradezu empörend, daß eine Eisenbahnverwaltung, die so immer mehr zu verfallen beginnt, just jetzt der Bevölkerung eine Erhöhung der Fahrpreise um ein Drittel oder doch um ein Viertel zumutet? Es wäre einfach nicht zu verstehen, wenn sich die Bevölkerung diese Dinge widerspruchslos gefallen ließe und es werden wohl vor allem die Arbeiter sein, die sich dagegen auflehnen werden. Sowohl gegen die Fahrpreiserhöhung, unter der ja wieder sie direkt und indirekt am meisten leiden, als auch gegen die einreißende Schlampe im Verkehr, da auch diese gerade für die Arbeiterklasse am schwersten fühlbar wird. Dafür ein anderes Beispiel: Montag früh — es vergeht also fast schon kein Tag, der nicht irgend eine Eisenbahnmißere brächte — gab es am Staatsbahnhof in Auffsig einen Sturm auf die Kasse, die nicht imstande war, die Fahrkartenausgabe zu dem Personenzug nach Bodenbach zu bewältigen. Früher waren um die Abfahrtszeit dieses Zuges, der hauptsächlich von Arbeitern benutzt wird, beide Kassen geöffnet. Jetzt findet man mit einer Kasse natürlich nicht das Auslangen. Die Arbeiter, für die ja Zugverfaumnis Arbeitsverfaumnis ist, schlugen mit Recht Spektakel und brachten einermassen Leben in diese famose Ordnung. Der Zug mußte, bis zur Abfertigung aller Passagiere, zwanzig Minuten zurückgehalten werden. Die Folgen dieser elenden Wirtschaft können aber einmal sehr ernst werden. Bei den Verhältnissen auf der Strecke nach Bodenbach, unmittelbar hinter der Station Auffsig, wäre beispielsweise in diesem Falle ein Zusammenstoß des verspäteten Personenzuges mit dem von Bodenbach kommenden Schnellzug durchaus nichts Verwunderliches.

Es ist ein purer Zufall, daß wir da bloß von Erscheinungen berichten, die sich alle auf derselben Linie zeigten. Es ist andernwärts wahrscheinlich nicht besser. Es sei denn, daß gerade auf dieser Strecke die Entlassungen deutscher und die Einstellung ungeschulter und unversierter tschechischer Eisenbahner besonders zum Ausdruck kommen sollte, was sich unserer Kenntnis entzieht. Aber ob so oder so — die Staatsbahnverwaltung täuscht sich, wenn sie glaubt, daß die Bevölkerung diese Zustände weiterhin stillschweigend oder höchstens kraftlos rätionierend mitansehen wird. In die autoritären Methoden dieser selbstherrlichen Verwaltung werden aber unsere Vertreter auch auf dem Boden des Parlamentes eingreifen müssen, denn sowohl die schädliche und gefährliche Miswirtschaft im Verkehr, als auch der Plan einer ungeheuerlichen Erhöhung der Fahrpreise ist durchaus nicht private Angelegenheit der Bahnverwaltung, sondern in höchstem Maße öffentliche Volksangelegenheit. Und darum werden vor allem das arbeitende Volk und seine Vertreter sich darum zu kümmern haben!

Die Vertretertagung der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge.

Am Samstag, den 15. und Sonntag, den 16. Mai l. J. fanden im Volkshaus des Rathauses in Reichenberg die Hauptversammlung der Vertreter der Bezirkskommissionen und die Frauentagung der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge statt. Die Tagungen waren gut besucht, doch zeigte ihr Verlauf weit mehr als alle vorhergegangenen Tagungen den alten Geist, die ängstliche Sorge, daß ja keine modernere Auffassung innerhalb der Jugendfürsorge platzgreife, obwohl, wie auch Herr Dr. Heller feststellte, etwas frischer Luftzug nicht schaden würde. Die Anwesenheit einiger Sozialdemokraten scheint eine gewisse Nervosität gezeitigt zu haben, denn wieder wurde erklärt, daß man in der Leitung strenge bestrebt ist, politische Tendenzen unter lei-

Die Rückfahrt der „Norge“.

Vom Propeller abplitterndes Eis durchlöchert die Hülle. — 48 Stunden kein Land.

Sonntag um 5 Uhr früh trafen Amundsen, Ellsworth, Wilking und Amal an Bord eines Motorbootes in Nome auf Alaska ein. Die „Norge“ ist in Teller, dem Orte ihrer Landung, entleert und zur Verschiffung nach den Vereinigten Staaten bereit gemacht worden. Die Verladung des Luftschiffes auf einen Dampfer wird allerdings erst nach einigen Monaten möglich sein, da der Hafen von Teller gegenwärtig vereist ist und die Landung eines Dampfers unmöglich ist. Ueber die gefährvolle Fahrt der „Norge“ berichtet der Berliner „Montag“ aus New York:

Nachdem die „Norge“ den Nordpol passiert hatte, zwang sie einsetzender Nebel, langsam zu fliegen. Man versuchte, tiefer zu gehen, geriet aber in ein Schneereiben, worauf man wieder höher stieg. Ein unvorhergesehener Vorgang, der das Schiff in ernste Gefahr brachte, trat nun ein. Alle Teile des Luftschiffes bedeckten sich mit einer Eisschicht. Das an den Gondeln und dem Propeller sich bildende Eis zerbrach dann durch die Erschütterung und wurde gegen die Hülle des Luftschiffes geschleudert. Für die Mannschaft begannen jetzt aufregende Stunden. Sie mußte die entstehenden Löcher

unter Umständen aufkommen zu lassen. Wer aus den Referaten aufmerksam zu hören versteht, der merkte ganz deutlich, daß die Erklärung sehr notwendig war. Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper ist scheinbar bei einigen Leuten auch nicht gut angeschrieben, denn es ist nach Böhmen-Leipa nun wieder vorgekommen, daß man den Vertreter des Verbandes „bergesse“ hatte, dem man erst nach einer ganz deutlichen Intervention einige Begrüßungsworte sagen ließ. Und es ist doch immerhin von einiger Bedeutung, wenn die deutschen Selbstverwaltungskörper im letzten Jahre 372.000 K für die Jugendfürsorge spendeten. Die Tagung wurde vom Vizebürgermeister Dr. Staden namens der Stadt Reichenberg, vom Ministerialinstruktor Schlegel für das Ministerium für soziale Fürsorge, von Dr. Janiczek für die mährische Landeskommission, Gen. Polz für den Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper, Dr. Kolouch-Teischn für den Reichsverband deutscher Richter und von Böhme-Gablonz für den deutschen Kulturverband begrüßt. Den Tätigkeitsbericht für das letzte Jahr erstattete Dr. Heller, der feststellte, daß die freiwillige deutsche Jugendfürsorge 10 Millionen Kronen für 55.000 hilfsbedürftige Kinder im Jahre 1925 aufwenden konnte. Herr Theimer berichtete als Organisator über einen erfreulichen Fortschritt im Ausbau der Organisation in den einzelnen Bezirken und die Mitarbeit der autonomen und gesellschaftlichen Körperchaften. Nach dem Kassabericht, der von Herrn Paulus-Reichenberg erstattet wurde, betrug der Jahresumsatz 1925 K 3.378.417. Dann wurde dem Kassier und der Landesleitung die Entlastung erteilt. Der nächste Vertretertag findet im nächsten Jahre in Teplitz statt.

Am Abend des ersten Tages fand der Frauentag der Deutschen Landeskommission statt, bei der die Vorsitzende Marie Liebig-Reichenberg einleitend über die Mitarbeit der Frauen in der Jugendfürsorge sprach. Frau Weiszäcker-Bodenbach sprach über „Rampagen gegen den Verderb der weiblichen Jugend“, Frau Nadelherr-Wien über „Das Kleinkind in der Jugendfürsorge“ und Frau Ruschitschka-Bolerad über „Das deutsche Mutterherz“. Die Vortragenden brachten streng zensurierte Manuskripte zur Verlesung und ihre Vorträge forderten vielfachen Widerspruch heraus, der sich auch in der Debatte äußerte, an der sich unsere Genossinnen Abg. Blainy und Kirpal beteiligten; ihre Ausführungen wurden von einem großen Teil der Anwesenden mit lautem Beifall aufgenommen. Es war für jede Teilnehmerin und jeden Teilnehmer an der Beratung, die sich nur einigermaßen mit den Problemen der Jugendfürsorge beschäftigen, auffällig, daß Frau Nadelherr, die doch aus Wien kam, so viel über das Fröbel- und das Montessori-system in den Kindergärten zu erzählen wußte, aber mit keinem einzigen Worte von den praktischen Erfahrungen sprach, die sie doch gerade in Wien in den letzten Jahren machen konnte. Das Wort „Wien“ wurde von der Wienerin nicht ein einzigesmal genannt; so groß war die Bescheidenheit! Frau Abg. Herzog meinte, es sei notwendig, daß überall Kinderhorten gemacht werden. Da ihre nationalen Freunde, welche in Judmantel, Krzemusch usw. gegen die Errichtung deutscher Horte und Kindergärten, „für die kein Bedarf sei“, kämpften, die Ausführungen nicht gehört haben, wird es gut sein, wenn die Frau Dr. Herzog sie auffucht. Auch der Herr Dr. Heller hütete sich sehr, auch nur einmal die Sozialdemokraten zu erwähnen, als er von dem reichsdeutschen „Gesetz für die Jugend“ sprach, obwohl gerade sie in erster Reihe genannt werden müßten, wenn man überhaupt jemanden nennt.

Am Sonntag sprach als erster Redner Prof. Kunz-Eger über das Thema: „Ist die Berufsberatung in die Tätigkeit der Deutschen Landeskommission aufzunehmen?“ Nach dem Referat wurde eine Entschlieung angenommen, in welcher ausgesprochen wird, daß die Aufnahme der Berufsberatung in das Arbeitsprogramm der Deutschen Landeskommission aus erzieherischen, fürsorglichen wirtschaftlichen und völkischen Rücksichten ein

verschließen. Die Gefahr verstärkte sich so sehr, daß man nach einer Landungsmöglichkeit suchte. Schließlich besserte sich die Witterung, die Sonne kam zeitweise durch und gestattete Beobachtungen. Land wurde nicht gesichtet, sondern nur treibende Eisstücke. Der Sonnenkompaß konnte nicht mehr verwendet werden, da er völlig mit Eis beschlagen war. Eine genaue Orientierung war unmöglich. Schließlich aber wurde festgestellt, daß sich das Luftschiff in der Nähe von Alaska befinden müsse. Nachdem die Besatzung 48 Stunden lang kein Land gesichtet hatte, kam am Mittwoch um 8.15 Uhr Point Barrow in Sicht. Bald darauf wurde das Vorwärtkommen infolge Schnees wieder schwieriger. Die Hoffnung, weiter südlich bessere Verhältnisse zu finden, verwirklichte sich nicht. Man überlegte, ob es nicht besser wäre, den Kurs zu ändern und der Behring-Strasse zuzuliegen. Dazu entschloß man sich auch. Neuer Frost und Eisbildung brachten das Schiff noch mehr in Gefahr, um so mehr, als bei der ersten Vereisung sämtliche Vorratstoffe zum Verstopfen der beschädigten Stelle verbraucht worden waren. Deshalb wurde eine schnelle Landung ein unbedingtes Erfordernis. So gelangte man nach Teller.

Gebot zwingender Notwendigkeit ist. Herr Emrich Prettenhofer-Wien sprach über „Rechtsfürsorge für Jugendliche im internationalen Verkehr“ und hob hervor, daß die Erfolge der Zentralstelle in Wien auf dem Gebiete der internationalen Rechtsvermittlung bereits ganz bedeutende sind.

Dann wurde die Tagung geschlossen, die neben den Berichten über den erfreulichen Fortschritt in der Kinderfürsorge und Jugendpflege so recht zeigte, daß sich unsere Genossen und Genossinnen in allen größeren Orten und in den Bezirksvertretungen weit mehr als bisher um die Arbeiten der Bezirkskommissionen kümmern müssen, wenn sie nicht haben wollen, daß anstatt gesunder und planmäßiger Fürsorgetätigkeit deforative Gnadenpendung getrieben wird, bei der auch ein recht wenig erfreulicher Personalkultus nicht fehlt. Die vorkriegszeitlichen Methoden der Jugendfürsorge überwachen bereits wieder alle gefundenen Ansätze einer wirklichen Arbeit für Kinderschutz und Jugendfürsorge und gewisse Kreise sind auf dem besten Wege, es dahin zu bringen, daß die Verherrlichung der Verdienste reicher und in gesellschaftlicher Stellung sich befindlicher Herren und Damen die hilfsbedürftigen Kinder und Jugendlichen übertrahnt. Auch unter den bürgerlichen Frauen und Herren sind viele, welche eine solche Entwicklung nicht wollen, das konnten unsere Vertreter aus den vielen privaten Anmerkungen hören. Trachten wir durch unser tatkräftiges Eingreifen, daß nicht die andere Seite die Arbeit der Landes- und Bezirkskommissionen dirigiert.

Der Erlultan gestorben. Der frühere Sultan der Türkei, Mehmed VI., ist, wie aus San Remo gemeldet wird, an einem Schlaganfall in seiner Villa gestorben. Er hatte am 3. Juli 1918 die Nachfolge seines Bruders Mehmed Reischad angetreten. Als die Nationalversammlung das Sultanat abschaffte, verließ 1922 Mehmed VI. die Türkei. Alle Mitglieder des osmanischen Hauses wurden übrigens etwas später durch ein Gesetz der Nationalversammlung im März 1924 verbannt.

Die Versicherung der Alten. Wie die „Nidobe Novin“ berichtet, wird es in der nächsten Zeit zur Verwirklichung der Altersversicherung der mehr als Fünfundsechzigjährigen kommen. Die betreffende Vorlage wird demnächst dem Abgeordnetenhaus vorgelegt. Der Aufbau der Versicherung wird ähnlich sein wie bei der Arbeitslosenunterstützung nach dem Genet System. Ueber die Auszahlung der Unterstützung entscheidet die Gemeinde nach einem bestimmten Statut. Die Gemeinde muß nämlich die eine Hälfte der Rente bezahlen, der Staat die andere. Ausgezahlt wird die Rente durch die Gemeinde, der also der Staat die Hälfte der Zahlungen erhebt.

Jugendfiedlung Leitmeritz. Die Leitmeritzer Jugendfiedlung ermöglicht armen Jungen, welche die geistige und körperliche Eignung zum Studium besitzen, denen aber die Mittel fehlen, den Besuch der Mittelschulen. Verlangt wird außer der Eignung auch Anpassung an die Verhältnisse der Siedlung, Mitarbeit in Garten und Heim, bis zu einer Stunde im Tage. Bei der Erreichung des Zieles ist Erziehung, zu Arbeit und Kameradschaftlichkeit Voraussetzung. Der Kostbeitrag beläuft sich auf 400 Kronen monatlich, doch wird bei Bedürftigkeit und bei Tüchtigkeit in Schule und Siedlung je 100 Kronen nachgelassen, so daß das gewöhnliche Kostgeld für tüchtige, mittellose Schüler 200 Kronen beträgt. In besonderen Fällen, vorzügliche Eignung fürs Studium vorausgesetzt, kann der Betrag auch noch mehr herabgesetzt werden. Prospekte mit näheren Einzelheiten, versendet gegen Erfaß der Portofranken (1.— K), Prof. Karl Mehner, Leitmeritz.

Silba Panika ist gestern nach mehrmonatigem schweren Leiden in der Frauenkransthal Nepy gestorben.

Aus dem Kerker ins Wasser. Aus dem Dmünger Kreisgericht wurde dieser Tage nach Abführung einer sechsmonatigen Kerkerstrafe wegen Diebstahls ein Häftling entlassen. Die Wiedererlangung der Freiheit bereitete ihm aber keine Freude, da er

vollständig mittellos bestand. Er trieb sich den ganzen Vormittag und über Mittag planlos in Dmünger herum und als sich der Hunger unabweislich bemerkbar machte, verzweifelte der arme und beschäftigte sich mit Selbstmordgedanken. Unweit eines Neubaus sprang er am Nachmittag in die Morä. Dort erwachte in ihm nochmals der Lebenswille. Er kroch daher tiefend aus dem Wasser und in dieser Verfassung traf den Lebensmüden während eines strömenden Regens, der kurz darauf eingelebt hatte, ein Wachmann. Nun wird er in seine Heimat „abgeschoben“. — Und wenn er auch dort keine Arbeit findet? Dann wird er eben — Hunger tut weh — wieder stehen und wieder in den Kerker wandern. Das ist eben das Wunderbare an dieser Ordnung, daß sie zwar jeden Eingriff in Eigentumsrechte streng bestraft, aber nichts dazu zu tun vermag, daß Not, Hunger und Elend, die Hauptursachen aller Verbrechen, wegsallen.

Den Hunden zum Fraße. In Petersdorf bei Trautenau bemerkte ein Mann, daß sein Hund einen Menschenkopf benagte und bereits einen großen Teil des Gehirnes verzehrt hatte. Unterdessen wurde auf der Bahnstrecke die Leiche eines Mannes gefunden, der sich in der Nacht vom Juge hatte überfahren lassen. Der Hund dürfte zu der Leiche gekommen sein und den abgeronnenen Kopf weggeschleppt haben. In dem Toten wurde der Hausmeister Josef Steiner aus Trautenau fishergestellt. Er war schon längere Zeit arbeitslos und hatte sich einen Betrag zuschulden kommen lassen. Aus Furcht vor Strafe dürfte er Selbstmord begangen haben.

Die falsche Sekundärärztin. Eine nicht alltägliche Schwindlerin wurde in Eger verhaftet. Es handelt sich um die etwa 30 Jahre alte Anna Hauptmann aus Mähren, die in Eger und Umgebung als Schwindlerin bereits bekannt ist. Es war ihr im Jahre 1922 gelungen, durch falsche Vorspiegelungen in Eger eine Stelle als Sekundärärztin am Krankenhaus zu erreichen, wo sie dann verschiedenen Verbrechen schuldete, später verhaftet und verurteilt wurde. Jetzt wird Anna Hauptmann vom Landesgerichte in Prag wegen Betruges gesucht und wurde nun in Eger verhaftet.

Beim Suchen nach verborgenen Bahnrückstufen in der Schauer stürzte die einzige 14 Jahre alte Tochter des Landwirts Stöhr in Ermenau bei Eger so unglücklich vom oberen Boden der Schauer auf die Tenne, daß sie eine schwere Verletzung der Schädeldecke erlitt. An dem Aufkommen der Schwerverletzten wird gezweifelt.

Von der deutschen Staatsfachschule für Justizakademie in Böhmen-Budweis. Die Aufnahme von neuen Schülern in die Mechanisch-technische Abteilung erfolgt durch schriftliche Gesuche, welche bis längstens 30. Juni bei der Anstaltsdirektion eingebracht werden müssen. Ausführliche Prospekte werden über Verlangen zugelandt.

Ein Internationales Komitee für Geschichtsforschung hat sich in Genf gebildet; der Zweck des Komitees, in welchem 21 Staaten vertreten sind, besteht darin, die internationale Zusammenarbeit der Geschichtsforschung zu unterstützen. Das Komitee wird vornehmlich ehestens einen internationalen Jahressbericht herausgeben, der ein Verzeichnis aller Geschichtswerke enthalten wird.

Von zwei Müttern geboren. Der russische Professor Woronoff, der in Paris lebt, hat in zwei Tugend Fällen Eierstocküberplantzungen an Frauen vorgenommen. Diese Frauen hatten durch einen zerstörenden krankhaften Prozeß oder durch einen operativen Eingriff die normale Funktion des Eierstocks eingebüßt. Die Operationen gelangen durchweg. Der tiefgreifende Einfluß des fremden Eierstocks auf den Wirtsorganismus wird durch die Tatsache bewiesen, daß eine weiße Frau, der der Eierstock einer Negerin implantiert war, ein Mulattenkind bekam. Für die Rechtsordnung erhebt sich nun die Frage, welches im juristischen Sinn die Mutter des Kindes ist: die ursprüngliche Besitzerin des Eierstocks oder die Erwerberin des generativen Organs, an deren Blutkreislauf die Drüse nicht so sehr viel intimer angeschlossen ist als das geborene Kind an den ernährenden Saftstrom der Amme. Im Gegensatz zur biologischen Auffassung wird die Rechtsordnung einer Lösung zuneigen, die der „Ammen-Mutter“ die juristische Stellung der Mutter zuspricht.

Die gefährlichen Greise. Zu den eigenartigen kriminalpsychologischen Phänomenen gehört die Tatsache, daß die Sittlichkeitsverbrechen im höheren Alter rapid zunehmen. Die Kriminalität der ganz Alten besteht nach den Feststellungen des deutschen Arztes Dr. Gontig, die durch die französische, belgische und schweizerische Statistik bestätigt werden, fast nur noch aus Sittlichkeitsverbrechen. Wahrscheinlich fällt in der Abbau-Phase des Lebens eine innersekretorische Umschaltung reizauslösend mit dem Hemmungswegfall des alternden Gehirns zusammen. Von den nicht überwältigten Stoffwechselprodukten wird das Gehirn erotisiert. Daneben aber muß am Ende des individuellen Lebenszyklus ein organischer Reproduktionsversuch eingebettet sein, der an manche niederen tierischen Mechanismen erinnert. So hat Goethes Arzt, der alte und weiße Inseland, Fälle erwähnt, bei denen im 60. oder 70. Lebensjahre neue Zähne und Haare hervoramen, und eine neue Periode des Lebens anfang, die noch 20 und 30 Jahre dauern konnte. Zuerst altern die hoch differenzierten Zellgruppen, also die Ganglienzellen des Zentralnervensystems und die Herzmuskelzellen. Die Knochenmarkzellen dagegen bewahren ihre Teilungsfähigkeit längere Zeit. Man kann sagen, daß der senile Sittlichkeitsverbrecher ein Opfer des Kampfes seiner Zellen, das Opfer eines organischen „Separatismus“ ist.

Am Gehir erkrankt. In Freiheit ist im Arbeiterheim bei aus... der Gehir erkrankt. In Freiheit ist im Arbeiterheim bei aus...

Der telephonische Verkehr mit fahrenden Zügen wird auf der Strecke Berlin-Damburg ab 20. Mai auf sämtliche Züge ausgedehnt. Bisher waren nur vier Züge für diesen Verkehr eingerichtet...

Wetterüberblick vom 17. Mai. Sonntag hielt das warme Wetter bei heftigem Ostwind in der ganzen Republik an. Schleichende Erre melden leichte Sturmschüden. Die Nachttagstemperaturen lagen zwischen 21 und 24 Grad Celsius...

Kleine Chronik.

Der moderne Krankentransport. Die Zeiten, in denen der Kranke mit Wagen und Pferd auf dem Handwagen liegend befördert wurde, sind vorüber; das Automobil beherrscht heute das Krankentransportwesen vollkommen...

Sind die Stacheln der Kakteen giftig? Schon im Altertum wird über Fälle berichtet, in denen von dem Gifte der Kakteenstacheln die Rede ist. So litt angeblich Sokrates an einer Fußleiderung...

Wenn dies erreicht ist, werden die Preise wesentlich erhöht und die so erzielten Gewinne werden zum Teil dazu benutzt, um in andern Ländern diese Methode zu wiederholen. So kommt es, daß die schwedischen Zündhölzer in Schweden viel reurer sind als anderswo...

Volkswirtschaft.

Auf dem Wege zu einem Weltmonopol für Zündhölzer.

Der Zündhölzfabrikant. Die Hälfte der Weltproduktion bereits monopolisiert.

Auf der Stockholmer Börse wird ein Papier notiert, das die an sich nicht viel sagenden Namen Kreuzer und Toll trägt. Es ist aber immerhin dadurch bemerkenswert, daß es zu einer Zeit, wo führende Firmen froh waren daß sie keine Verluste erlitten 25 Prozent Dividende verteilte...

Die Finanzierung dieses Unternehmens lag und liegt im wesentlichen in Händen der oben genannten Gesellschaften Kreuzer und Toll, die sich außerdem mit vielen andern ergiebigen Geschäften befaßt. Der gemeinsame Chef der Firma Kreuzer und Toll und des Zündhölzfabrikanten, Ivar Kreuzer, hat auch führende amerikanische Finanzleute, wie zum Beispiel die Firma Rockefeller für seine Pläne interessiert...

her und zwischen versticktem Stachelndraht blüht seltsam kräftig und überaus schön die Schlüsselblume, Primula veris. Sie beschämt den Menschen. Denn dort rechts unten stand vereint das Dorf Fleury. Es ist, eines von vielen, zwischen 1916 und 1918 vernichtet worden, aber nicht, wie man im Dreißigjährigen Krieg oder Anno Siebenzig ein Dorf zerstört...

Aber diese Landschaft, eindrucksvoll wie ein Abbild, wird von den geschäftigen Ragnierern des Patriotismus durch Denkmäler, Weinhäuser und Kapellen ebenso verflucht, wie der erzwingende Massentod der Hunderttausende heroisiert wird. Da ist die „tranchée des bajonnettes“, der Bajonettgraben. In ihm hockten am 11. Juni 1916 Bauernjungen aus der Vendée und Fischer aus der Bretagne, die die Mobilmachung in die Uniform des 137. Linienregimentes gesteckt hatte...

Wenn dies erreicht ist, werden die Preise wesentlich erhöht und die so erzielten Gewinne werden zum Teil dazu benutzt, um in andern Ländern diese Methode zu wiederholen. So kommt es, daß die schwedischen Zündhölzer in Schweden viel reurer sind als anderswo, weil es eben hier keinerlei Konkurrenz mehr gibt. So kommt es auch, daß die Einwohner von Peru für ein Zündholz einen halben Pfennig (8.5 Groschen) bezahlen müssen, weil hier ein staatliches Monopol besteht...

Der Weltzündholztrust wendet alle möglichen Mittel an, private, aber auch staatliche, um das Weltzündholzmonopol zu erreichen und zu behaupten. Es ist damit zu rechnen daß diese Methoden auch weiterhin erfolgreich sein werden. Deutsche Zeitungen berichten zum Beispiel ständig darüber, wie eine deutsche Zündholzfabrik nach der andern unter den Einfluß des schwedischen Trusts kommt. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den Nachfolgestaaten des alten Oesterreich...

Vertragsloser Zustand im Baugewerbe.

Im Egerer Kammerbezirk.

Am 14. Mai fand die Fortsetzung der Lohnverhandlungen für das Baugewerbe des Egerer Kammerbezirks statt. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos. Der Baumeister erklärte, daß was ihre Reichsberger Kollegen mit den Arbeitern vereinbart hätten, nicht nachmachen zu können. Dr. Sturm als Vertreter des Arbeitgeberbundes erklärte, daß es jetzt schon viele Mühe koste, die Baumeister zur Einhaltung der Vertragslöhne zu verhalten. Es herrsche bei den Unternehmern eine Einmütigkeit wie noch nie, dahingehend, daß es eine Lohnerhöhung nicht geben könne...

Können dann ihrer Profitgier freien Lauf lassen, können vor aller Öffentlichkeit zeigen, wie sie die Notlage der Arbeiter auszunutzen verstehen, wie die Unternehmer auf Kosten der ausgeplünderten Arbeiterschaft ihren Reichtum häufen.

Anzeichen der Arbeitslosigkeit.

Wie das Ministerium für soziale Fürsorge mitteilt, hat die Anzahl der nicht untergebrachten Bewerber bei den Arbeitsvermittlungsbüros Ende März 64.008 betragen, was gegen Ende Februar (62.079) ein Anzeichen der Arbeitslosen bedeutet. Die Anzahl der Unterhütigen betrug Ende März 27.600, Ende Februar 25.333.

Gerichtssaal.

Der Mordprozeß Dittmar vor dem Obersten Gerichtshof.

Im Juni 1925 fand vor den Brünner Geschworenen der Prozeß gegen den Privatien Dittmar statt, der beschuldigt wurde, die Witwe Lang in Rumowitz bei Brünn, mit der er längere Zeit ein Verhältnis unterhielt, umgebracht zu haben. Der Verteidiger, Gen. Dr. Czoch, wies damals in seinem Plaidoyer auf die vielfachen Fehler des psychiatrischen Gutachtens hin und stellte den Antrag, ein Sozialgutachten einzuholen. Dem Antrag wurde stattgegeben und der Prozeß vertagt. Am 18. Februar 1926 wurde Dittmar bloß wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu fünf Monaten schweren Kerkers verurteilt. Der Staatsanwalt legte Berufung ein, und nun wird bereits im Verlaufe der laufenden Woche der Prozeß Gegenstand der Beratung des Obersten Gerichtshofes in Brünn sein.

Wieder ein Todesurteil.

Zeitlich, 16. Mai. Der Mitangeklagte des zum Tode verurteilten Infanteristen Krejčí (über seinen Prozeß vor dem Prager Divisionsgericht; wir seinerzeit berichtet haben) Alois Bar, hatte sich gestern vor den hiesigen Geschworenen wegen räuberischen Totschlages an der Trödlerin Heller in Raudnitz zu verantworten. Er blieb bei seiner früheren Behauptung, Krejčí und nicht er, habe die Heller umgebracht, er habe lediglich stehen wollen. Bar ist ein ganz verwahtenes Subjekt, mit 9 Jahren ist er schon Karren, verstorben den Leuten die Kamme und brauchte für die vierklassige Volksschule 8 Jahre. Aus der Schule entlassen, verlegt er sein Domizil und seine Wirkungsstätte in Gasthäuser und Schaubuden, wo er als Fakir austritt, bald aber vermag ihm diese Betätigung nicht mehr die für sein extravagantes Leben nötigen Geldmittel zu bieten und so findet wir 1921 in seinem Register die ersten Strafvermerke wegen Diebstahls, Betrug, Verunreinigung und Beleidigung. Auf dieser schiefen Ebene ging es fort weiter, bis das gestrige Verdict der Geschworenen seinem Treiben ein jähes Ende bereitet. Die Geschworenen bejahten einstimmig die Schuldfrage, worauf ihn das Gericht unter Vorsitz des OBG. Luft zum Tode durch den Strang verurteilte.

Literatur.

Der „Wäckerkreis“ hat als neuesten Band (n. Werk) eine Arbeit von Richard Woldt: „Die Arbeitswelt der Technik“ herausgegeben. Woldt schildert uns Wesen und Werden der modernen Technik, und doch unterscheidet sich seine Untersuchung von den Arbeiten anderer technischer Fachschriftsteller. Das Buch kann von jedem Arbeiter gelesen werden, weil es keine technischen Spezialkenntnisse voraussetzt. Der erste Teil ist eine historische Darstellung. Die Technik wird verfolgt von ihren primitiven Anfängen bis zu den Ausdrucksformen in technischen Schöpfungen unserer Tage. Als Sozialist sieht Woldt in der heutigen Technik nur einen Niederschlag kapitalistischen Geistes. Wir durchwandern industrielle Arbeitsstätten im Fabrikhof, am Hafen, wir lernen, weil der Blick nur auf die wesentlichen Merkmale gerichtet ist, technische Schöpfungen. Die Maschine bekommt für uns Leben und kapitalistischen Sinn. Im Mittelpunkt aller Dinge aber steht der Mensch, der Arbeiter. Der Mensch unterjocht die Naturkräfte durch die Technik und wird dann von der Technik selbst unterjocht. Zeit und Raum werden überwunden, der Kapitalismus formt sich nach seinem Bilde das Verkehrsleben, ruhelos jagt er über die Erde, das Leben der Menschen wird reicher an Sensationen, ärmer an Inhalt, härter in seinen Gegensätzen, schwerer an Not und Widersprüchen. Folglich aber ist es, um mit dem Verfasser zu sprechen, über die Technik zu philosophieren. Die Technik ist weder Fluch noch Segen, sondern entscheidend ist, was der Mensch selbst aus der Technik macht. Die Technik ist blind geboren. Die technische Entwicklung bekommt ihr Ziel durch die wirtschaftlichen Verhältnisse der jeweiligen Zeit, durch den Machtkampf der Gesellschaftsverfassung, durch die Organisation, die sich die Menschen in ihrer Gesellschaft selbst geben. Mit dem Ausblick, daß nur in einer sozialistischen Gesellschaft die Technik den Menschen Glück und Segen bringen wird, schließt Woldt sein interessantes Buch, dessen klare Darstellung wirksam unterstützt wird durch flotte Zeichnungen, die Krommers Künstlerhand verständnisvoll entworfen hat. Ueberhaupt ist die Ausstattung des Buches in Einband, Druck und Papier prächtig. Der Wäckerkreis hat die Reihe seiner Veröffentlichungen durch ein schönes Buch ergänzt, so daß die Mitgliedschaft im Wäckerkreis dringend empfohlen werden kann. Wegen Aufnahme und Auskunft wende man sich an die Hauptgeschäftsstelle „Der Wäckerkreis“, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6, oder an die örtlichen Zahlstellen (Vollbuchhandlungen).

Berdun.

II.

Eine volle Million Menschen ist um Berdun geschachtet worden: über vierhunderttausend Franzosen, an die sechshunderttausend Deutsche! Darum steigt ein Hauch des Grauens über diese ineinandergehobenen, unübersichtlichen, öden Hügelrücken. Die unberührte Natur hat auch dort, wo sie, Sanddüne, Rasenflächen oder Stumpfland, reizlos erscheint, ihre verheerenden Reize, aber weil hier der Mensch mit all seiner Unmenschlichkeit dazwischenfuhr, hat die Erde selbst, ausgeplündert durch Giftgase, Granatrichter neben Granatrichter, mit Wäldern aus flüchtigen Baumstämmen, etwas Rodrigues an sich wie eine Trübelbude. Auf dem Boden, der mit kleinen und großen Granatplittern bedeckt ist, rosten Gewehrteile lauten Ziele. Es laut und morisch noch anderes hier. Die Arieperriedhöfe da und dort, in schauerlicher Einförmigkeit lange, lange Reihen von Holzkreuzen, welche für Franzosen, schwarze für Deutsche, bergen in ihren numerierten Gräbern Tausende, aber von Jehnmanien, von Hunderttausenden künden keine Inschrift. In ihrem Graben wurden sie zugeshüttet in einem Voch abseits findet man eines Tages grünelnde Schilde und zerbeulte Stahlhelme oder die flüchtig in widerpenfliche Erde Gescharrten röh die nächste einschlagende Granate heraus und wirbelte sie als Fegen in die Luft. Weder die Lebenden noch die Toten ruhen hier sanft. Nur die Natur tröstet in all der erdrückenden Trostlosigkeit ringsum Grün ausschießendes Unterholz verschleierte: allmählich die Wälderkräppler; in den Tümpeln der Granatrichter weht Schilf hin und

aber da sie die Gewehre über sich an den Graben gehängt hatten, ragen die Bajonette noch heute aus dem Erdreich heraus. Dieses arme Sterben armer Menschen hat man zu Geduldem und Gloire aufgebauscht: Das Gewehr in der Faust, in ihrem Graben aufrecht stehend, starben die Braven, statt zu weichen — ach! wenn sie nur hätten weichen können! Solche Ruhmesmär, die aus Öpfern Helden macht, arbeitet wie das pompöse Manioleum über der „tranchée des bajonnettes“ dem nächsten Kriege vor, fördert auf jeden Fall die Schlachtdimultrie. Denn das gibt es, eine Schlachtdimultrie! In Zürich, in Londoner, in New Yorker Blättern laden Reklamen zum Besuch der „historischen Stätten“ von Berdun ein, mit allem Komfort, zu mäßigen Preisen, und nachdem die Leute im „Coq hard“ ein Diner von den Hors d'Oeuvres bis zu den Beirats-Süßes-Räßen heruntergeessen und mit Weinen vom Borry-Mardigny bis zum Noer-der-Chandon beselucht haben, werden sie, satt und zufriedenen, stämmige Pfahlbürger und züchtige Ladies, hinausgeschickt, um zum Gewinn der Hoteliers, Ansichtskartenfabrikanten und Autorverleiher vor der Höhe 304 und dem „Toten Mann“ schaulustig die Gegend zu bestaunen, wo ihre Menschenbrüder in Massen mit zerrissenen Eingeweiden verrotheten. Und doch predigt in allen fünf Weltteilen sein Fleck Erde mit solcher Wucht: die Lehre der Völkerverständigung wie der zerlegte Grund um Berdun; nirgends führt jeder Windstoß so viele Gespensterstimmen mit sich, die dir das Wort von Henri Barbusse zusältern: „Zwei Heere, die sich bekämpfen, gleichen einem großen Pore, das Selbstmord begeht.“ Hermann Wendel.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.

Der Film.

Ein Theaterkandal bei der Ufa. Der Unwille des Publikums in den Lichtspielhäusern der Ufa gegen die massenhaft darbietenden minderwertigen amerikanischen Filme...

Bereinsnachrichten.

„Urania“.

Eltern, schickt Eure Kinder nach Grabel! In die Jugendstrafkolonie! Gemeinnützige, unpolitische Wohlfahrtsvereine...

Wir armen, kleinen Mädchen, Singfilm im Urania-Kino. Ein Film voll Poesie, in dem das deutsche Volklied seine jubelnde Auferstehung feiert.

Kunst und Wissen.

Prager Autoren-Abend. Die letzte Veranstaltung des deutschen literarisch-künstlerischen Vereines in Prag wurde unter dem Titel „Abend Prager Komponisten“...

terische Leistungsfähigkeit hinlänglich. Dabei hätte die reisende Theater-Gesellschaft noch das Best, in letzter Stunde für zwei erkrankte Mitglieder Ersatz einstellen zu müssen.

Ausschluss der Oper in Graz. Der Verwaltungsausschuss der städtischen Bühnen hat den Beschluss gefasst, mit Beginn der nächsten Spielzeit die Grazer Oper aufzulassen...

Turnen und Sport.

Sitzung des Bureau des Internationalen Sozialistischen Verbandes für Sport und Körperpflege.

- Das Bureau der Luzerner Sport-Internationale wird in Amsterdam am 25. bis 27. Mai tagen. Das internationale Bureau setzt sich gegenwärtig zusammen aus: Bildung, Gellert und Benedix (Deutschland); Kallin (Lettland); Silaba (Tschechoslowakei); Steinemann (Schweiz); Boncompagni (Frankreich); Bridoux (Belgien) und dem Sekretär Devlieger.

Ein des ersten Bezirks gegen „Gleichheit“ Weisentlich 2:5 (1:3).

Das sonntägliche Spiel brachte uns den Beweis, daß wir über eine Reihe guter Fußballer verfügen und daß die Arbeiterfußballbewegung, wenn auch nur langsam an Umfang, so doch an Güte rasch vorwärts kommt.

tragen jährlich ebensoviel wie der Gemeindebetrag für die in Graz vorhandenen zweiunddreißig Volk- und Bürgerschulen. Eine Belastung, für welche die Gemeinde nicht mehr länger die Verantwortung tragen kann.

Spielplan des Neuen Theaters. Dienstag 7 1/2 Uhr: Gastspiel Emmy Sturm: „Die spanische Nachtigall“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Dienstag: „Pygmalion“. Mittwoch: „Ridel und die 36 Gerechten“.

Aus der Partei.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag. Für Teilnehmer an dem zu Pfingsten in Teplitz stattfindenden Kreisarbeiterfest sind Eintrittskarten, Festschriften und Festabzeichen beim Bezirkskassier Gen. Siegl, Prag II, Melanek 18 (Redaktion „Sozialdemokrat“) zu haben.

Sozialdemokratische Studentengruppe. Dienstag, 18. Mai, 8 Uhr abends im „Verein deutscher Arbeiter“, Semsnar.

einer respektablen Höhe durchgearbeitet hat.

Rum zum Spiel selbst. Für den Renner stand der Sieg des Bundesmeisters nie in Frage. Dennoch legten die Kombinierten zu Anfang ein Tempo vor, welches der „Gleichheit“ Verdiebung lange Minuten bereicherte.

Der Bezirksklub fehlt noch der Zusammenhang, doch werden mehrmalige Spiele diese Mannschaft zu einer achtunggebietenden Stärke bringen.

Fußball zum Kreis-Arbeiterfest.

Anlässlich des Kreis-Arbeiterfestes zu Pfingsten in Teplitz werden auch Fußballwettkämpfe durchgeführt. Samstag, Sonntag je eines und Montag zwei. Die Zeiten der Wettkämpfe werden noch genau angegeben werden.

War auch für die erste Begegnung vor 14 Tagen in Dresden, der Widerstand, den unser Bundesmeister zeigte, für alle eine Ueberraschung, so wird eine Niederlage für unsere Mannschaft wohl nie in Frage stehen.

Für die Fußballer wird also das Kreis-Arbeiterfest harte Arbeit bringen. Es besteht für alle Vereinen und Riegen über die Pfingsten-Spielverbot. Auch Spiele im Ausland dürfen keine ausgetragen werden.

M.R. Budapest zeigte sich wieder einmal nach langer Zeit in Prag. Diese langjährige ungarische Meistermannschaft konnte in ihrem Spiele am Sonntag gar nicht gefallen, nur einmal war ein Aufsladern der alten Tradition zu sehen.

Weitere Fußballresultate. Prag. Meteor VIII gegen Odeje VIII 5:1 (2:0), UFA. Radlitz gegen UFA. Kolin 2:2 (0:2), Union UFA gegen Odeje...

Wien. Samstag: Cupfinale Amateure gegen Vienna 4:3 (2:1); Sonntag: Rapid gegen Rudolfsbüchel 3:1 (2:0), Simmering gegen FAC 2:0 (1:0), FAC gegen Admira 2:4 (0:2), Wader gegen Detha 4:1 (3:0).

Latow Tennis. Davis-Cup: Prag: Tschechoslowakei gegen Indien 4:1. - Kopenhagen: Frankreich gegen Dänemark 4:0.

Herausgeber Dr. Ludwig Ege. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Niehner. Druck: Deutsche Zeitungs-K.G., Prag.

Studentenheim Arnau.

Die Stadtgemeinde Arnau beabsichtigt, mit Beginn des Schuljahres 1926-27 das seit Kriegsbeginn geschlossene Studentenheim wieder zu eröffnen, sofern dessen Besuch durch eine hinlängliche Schülerzahl gewährleistet ist.

empfehlte sich den p. l. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckorten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen...

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT Gesellschaft m. beschr. Haft. IN TEPLITZ-SCHÖNAU Tschierlauer Nr. 6.